

Normgeber: Ministerium für Inneres und Sport

Aktenzeichen: 15.32-3121.2

Erlasdatum: 14.06.2018

Fassung vom: 14.06.2018

Gültig ab: 01.09.2018

Quelle:



Gliederungs-Nr: 2030

Lehr- und Stoffverteilungspläne für den ausbildungsbegleitenden Unterricht und die fachtheoretische Ausbildung im mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst des kommunalen Bereiches des Landes Sachsen-Anhalt - Anlage 2: Lehr- und Stoffverteilungsplan für die Durchführung der fachtheoretischen Ausbildung der Sekretäranwärter, Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in Sachsen-Anhalt - Kommunalverwaltung -

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

- Teil 1 Allgemeine Staatslehre und Staatsrecht
- Teil 2 Aufbau und Organisation der Verwaltung
- Teil 3 Allgemeines Verwaltungsrecht
- Teil 4 Kommunalrecht
- Teil 5 Besonderes Verwaltungsrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht
- Teil 6 Öffentliches Baurecht
- Teil 7 Beamtenrecht (Statusrecht)
- Teil 8 Arbeits- und Tarifrecht
- Teil 9 Sozialleistungsrecht
- Teil 10 Bürgerliches Recht
- Teil 11 Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen
- Teil 12 Finanzwesen
- Teil 13 Bürger und Verwaltung
- Teil 14 Praktische Rechtsanwendung
- Teil 15 Grundlagen der Volkswirtschaftslehre
- Teil 16 Buchführung (Kommunale Doppik)
- Teil 17 Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)

Zum Hauptdokument : Lehr- und Stoffverteilungspläne für den ausbildungsbegleitenden Unterricht und die fachtheoretische Ausbildung im mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst des kommunalen Bereiches des Landes Sachsen-Anhalt

Anlage 2
(zu Nummer 1)

Lehr- und Stoffverteilungsplan für die Durchführung der fachtheoretischen Ausbildung der Sekretäranwärter, Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt in Sachsen-Anhalt - Kommunalverwaltung -

		Unterrichtsstunden	Klausur
--	--	--------------------	---------

1	Allgemeine Staatslehre und Staatsrecht	30	1
2	Aufbau und Organisation der Verwaltung	26	1
3	Allgemeines Verwaltungsrecht	60	2
4	Kommunalrecht	45	1
5	Besonderes Verwaltungsrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht	60	2
6	Öffentliches Baurecht	8	
7	Beamtenrecht (Statusrecht)	45	1
8	Arbeits- und Tarifrecht	40	1
9	Sozialleistungsrecht	42	1
10	Bürgerliches Recht	60	2
11	Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen	56	2
12	Finanzwesen	50	1
13	Bürger und Verwaltung	16	
14	Praktische Rechtsanwendung	16	
15	Grundlagen der Volkswirtschaftslehre	36	1
16	Buchführung (Kommunale Doppik)	50	1
17	Kosten- und Leistungsrechnung	50	1
		690	18

Teil 1
Allgemeine Staatslehre und Staatsrecht

Unterrichtsstunden: 30

Klausur: 1 mit Besprechung 4 Stunden

Nr.	Generalthemen/ Einzelthemen	Lernziele Der Lehrgangsteilnehmer kann:	Unterrichtsstunden
1.	Wiederholung und Vertiefung von Teil 1 Nrn. 1 bis 7 aus dem ausbildungsbegleitenden Unterricht		10
2.	Die Gesetzgebung des Bundes		4
2.1	Gesetzgebung	die Arten der Zuständigkeiten beschreiben und Beispiele geben	

		das Verfahren in den Grundzügen beschreiben	
2.2	Gesetzesvollzug	die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern in den Grundzügen darstellen den bundesstaatlichen Finanzausgleich darstellen	
3.	Grundrechte		10
3.1	Geschichtliche Entwicklung	die Entwicklung der Grundrechtsidee bis zur Gegenwart kurz beschreiben	
3.2	Arten der Grundrechte	die Bedeutung der Grundrechte als Abwehrrechte und Gleichheitsrechte erläutern	
3.3	Sicherung der Grundrechte	angeben, wie die Grundrechte geschützt sind und inwieweit sie eingeschränkt werden können	
3.4	Einzelne Grundrechte	den wesentlichen Inhalt von Artikel 1 Abs. 1, Artikel 2 Abs. 1, Artikel 3 Abs. 1, Artikel 5 Abs. 1, Artikel 8 und 9 Abs. 1 und Artikel 3, 12 und 14 GG angeben	
4.	Europäische Union		2
4.1	Rechtsgrundlagen Ziele Aufgaben Organe Institutionen Arbeitsweise	Überblick geben	

Teil 2
Aufbau und Organisation der Verwaltung

Unterrichtsstunden: 26

Klausur: 1 mit Besprechung 4 Stunden

Nr.	Generalthemen/ Einzelthemen	Lernziele Der Lehrgangsteilnehmer kann:	Unterrichtsstunden
1.	Wiederholung und Vertiefung von Teil 2 Nrn. 1 bis 6 aus dem ausbildungsbegleitenden Unterricht		16

2.	Beurkundung, Beglaubigung	die gesetzlichen Bestimmungen angeben und erläutern	3
3.	Bekanntgabe und Zustellung von Verwaltungsentscheidungen	die Arten der Bekanntgabe und Zustellung unterscheiden und nach Merkmalen beschreiben	
4.	Vordruckwesen	Zweck und Bedeutung von Vordrucken erläutern, Arten unterscheiden und wesentliche Merkmale zur Gestaltung beschreiben	
5.	Sächliche Hilfsmittel der Verwaltung		3
5.1	Organisation von Arbeitsraum, -platz und -abläufen	die Grundzüge einer zweckgerechten Gestaltung beschreiben	
5.2	Bürotechnik, Verwaltungsautomation	den Begriff erläutern und einen Überblick über die derzeitigen Maschinen und sonstigen Hilfsmittel geben	
5.3	Schriftgutverwaltung	die Arten von Schriftgut unterscheiden und Grundsätze für eine zweckgerechte Gestaltung des Aktenwesens einschließlich der Registratur erläutern	

Teil 3
Allgemeines Verwaltungsrecht

Unterrichtsstunden: 60

Klausuren: 2 mit Besprechung 8 Stunden

Nr.	Generalthemen/ Einzelthemen	Lernziele Der Lehrgangsteilnehmer kann:	Unterrichtsstunden
1.	Wiederholung und Vertiefung von Teil 3 Nrn. 2 bis 7 aus dem ausbildungsbegleitenden Unterricht		10
2.	Arten der Rechtsbehelfe	die Abgrenzung der förmlichen von den nichtförmlichen Rechtsbehelfen vornehmen	1
2.1	Das Widerspruchsverfahren		
2.1.1	Zulässigkeit des Widerspruchs	die Zulässigkeitsvoraussetzungen eines Widerspruchs prüfen	7

	<p>§ 40 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO)</p> <p>§ 68 VwGO i. V. m. § 35 VwVfG</p> <p>Anfechtungs- und Verpflichtungswiderspruch</p> <p>§ 42 Abs. 2 VwGO analog §§ 70, 58, 60 VwGO</p> <p>§§ 11, 12, 14 VwVfG</p> <p>Fristberechnung</p>		
2.1.2	<p>Begründetheit des Widerspruchs</p> <p>Ermächtigungsgrundlagen</p>	Ermächtigungsgrundlagen finden	
2.1.2.1	<p>Formelle Rechtmäßigkeit</p> <p>Zuständigkeit</p> <p>Verfahren</p> <p>Form</p>	Formelle Fehler erkennen und mit diesen anhand von praktischen Fällen umgehen	11
2.1.2.2	<p>Materielle Rechtmäßigkeit</p> <p>Tatbestandsvoraussetzungen</p> <p>Adressat</p> <p>Bestimmtheit</p> <p>Tatsächliche und rechtliche Möglichkeit</p> <p>Verhältnismäßigkeit</p> <p>Ermessensfehler</p>	Praktische Fälle auch materiellrechtlich zutreffend lösen	11
2.2	Die Klagearten und deren Zulässigkeitsvoraussetzungen	die wichtigsten Klagearten und deren Voraussetzungen nennen und mit diesen umgehen	2
2.2.1	Anfechtungsklage		
2.2.2	Verpflichtungsklage		
2.3	<p>Der Vorlagebericht an die Widerspruchsbehörde</p> <p>Der Abhilfe- und Widerspruchsbescheid</p>	Aufbau von Vorlagebericht Abhilfebescheid und Widerspruchsbescheid kennen	6
3.	Vorläufiger Rechtsschutz	die Folgen eines Widerspruchs nennen und mit § 80 Abs. 2 VwGO umgehen	4
3.1	Wirkung des Widerspruchs nach § 80 Abs. 1 VwGO		

3.2	§ 80 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 VwGO		
3.3	Anordnung der sofortigen Vollziehung nach § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO Zulässigkeit des Verwaltungszwangs gemäß §§ 53 bis 59 SOG LSA		
3.4	„Rechtsbehelfe“ des Bürgers gegen eine Anordnung nach § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO		
3.5	Einstweilige Anordnung § 123 VwGO		

Teil 4
Kommunalrecht

Unterrichtsstunden: 45

Klausur: 1 mit Besprechung 4 Stunden

Nr.	Generalthemen/ Einzelthemen	Lernziele Der Lehrgangsteilnehmer kann:	Unter- richts- stunden
1.	Einführung		2
1.1	Wiederholung und Vertiefung von Teil 4 Nr. 2 aus dem ausbildungsbegleitenden Unterricht		
2.	Kommunale Selbstverwaltung		4
2.1	Wiederholung und Vertiefung von Teil 4 Nr. 2 aus dem ausbildungsbegleitenden Unterricht		
2.2	Inhalte der Selbstverwaltung	die Rechtsgrundlagen nennen den Inhalt angeben Interessenvertretung durch die kommunalen Spitzenverbände kennen	
2.3	Rechtsschutz der Kommune	auf den Rechtsschutz bei Eingriffen in das Selbstverwaltungsrecht hinweisen	
3.	Aufgaben der Landkreise und Gemeinden		3

3.1	Wiederholung und Vertiefung von Teil 4 Nr. 3 aus dem ausbildungsbegleitenden Unterricht	den Aufgabenübergang auf andere Träger erklären	
3.2	Aufgabenwahrnehmung durch andere Träger		
4.	Satzungsrecht der Landkreise und Gemeinden		5
4.1	Satzungsgewalt	den Begriff definieren	
4.2	Satzungsbegriff	die Rechtsnatur und die Bedeutung von Satzungen erläutern den Umfang im eigenen und im übertragenen Wirkungskreis angeben	
4.3	Verfahren zum Erlass einer Satzung	das Verfahren beschreiben	
4.4	Satzungsarten	die Arten kennen	
4.5	Hauptsatzung	die Bedeutung erläutern und auf die Besonderheiten hinweisen Beispiele für Regelungen geben	
4.6	Satzungen über Anschluss- und Benutzungszwang	die Voraussetzungen und den Inhalt erläutern	
4.7	Rechtsschutz	auf den Rechtsschutz bei Eingriffen durch das Satzungsrecht hinweisen	
5.	Öffentlich-rechtliche Persönlichkeitsrechte der Landkreise und Gemeinden		1
5.1	Begriff	den Begriff definieren	
5.2	Rechtsquellen	die Rechtsquellen nennen	
6.	Kreisgebiet/Gemeindegebiet		2
6.1	Begriff und Bedeutung	den Begriff definieren die Bedeutung erläutern	
6.2	Gebietsänderung	die Voraussetzung nennen und das Verfahren kurz beschreiben	
7.	Einwohner und Bürger		3
7.1	Begriff, Rechte und Pflichten der Einwohner	die Begriffe erläutern die Rechte und Pflichten erläutern	
7.2	Begriff, Rechte und Pflichten der Bürger	den Begriff erläutern	

		die Rechte und Pflichten erläutern, insbesondere ehrenamtliches Engagement	
8.	Organe der Selbstverwaltung des Landkreises/der Gemeinde		12
8.1	Die Vertretung		
8.1.1	Wahl und Aufgaben der Vertretung	Wahl erläutern den Aufgabenkreis beschreiben und Beispiele geben	
8.1.2	Kontrolle der Verwaltung	die Rechte und das Verfahren beschreiben	
8.1.3	Mitglieder, Rechte und Pflichten	die Mitglieder sowie deren Rechte und Pflichten benennen	
8.1.4	Sitzung und Beschlussfassung	die Arbeitsweise und das Verfahren beschreiben Beschlussfähigkeit des Rates ermitteln das Verfahren in Rat/Kreistag anhand praktischer Fälle nachvollziehen Hinweis auf die Geschäftsordnung	
8.2	Der Hauptverwaltungsbeamte		
8.2.1	Funktion, Wahl	die Funktion erläutern die Wahl beschreiben	
8.2.2	Aufgaben	den Aufgabenkreis beschreiben und Beispiele geben	
9.	Ausschüsse der Vertretung		1
9.1	Arten und Aufgaben	die Arten unterscheiden die Aufgaben benennen	
9.2	Bildung und Arbeitsweise	die Bildung/Umbildung beschreiben die Arbeitsweise beschreiben	
10.	Die Beigeordneten		1
10.1	Funktion, Wahl	die Funktion erläutern die Wahl beschreiben	
10.2	Aufgaben	die Aufgaben beschreiben	
11.	Aufsicht des Staates		5
11.1	Ausübung der Aufsicht	die Aufgaben nennen die Mittel (einschließlich Genehmigung) nennen und ihre Anwendung beschreiben	

11.2	Kommunal- und Fachaufsichtsbehörden	die Behörden nennen die Unterschiede beschreiben das Verfahren anhand praktischer Fälle nachvollziehen	
12.	Weitere kommunale Zusammenschlüsse und Formen kommunaler Zusammenarbeit		5
12.1	Zweckverbände		
12.1.1	Begriff	die Begriffe erläutern	
12.1.2	Aufgaben	die Aufgaben benennen	
12.1.3	Organe	die Organe bezeichnen und ihre Rechtsstellung erläutern	
12.2	Zweckvereinbarungen		
12.2.1	Begriff	den Begriff erläutern	
12.2.2	Anwendungsmöglichkeiten	Anwendungsmöglichkeiten erläutern	

Teil 5
Besonderes Verwaltungsrecht und
Ordnungswidrigkeitenrecht

Unterrichtsstunden: 60

Klausuren: 2 mit Besprechung 8 Stunden

Nr.	Generalthemen/ Einzelthemen	Lernziele Der Lehrgangsteilnehmer kann:	Unterrichtsstunden
1.	Ordnungsrecht		2
1.1	Einordnung des Ordnungsrechts in das Rechtssystem rechtliche Grundlagen, insbesondere Subsidiaritätsgrundsatz Anwendung des SOG LSA Generelle Abgrenzung der Eingriffsermächtigung des SOG LSA Ausfüllung von Regelungslücken in Spezialgesetzen	erkennen, warum es das SOG LSA gibt und wie es zu anderen Spezialvorschriften steht die wichtigsten Rechtsquellen nennen und ihren Inhalt kurz angeben	1

1.2	<p>Aufgaben und Befugnisse der Verwaltungsbehörden</p> <p>Aufgaben der Verwaltungsbehörden</p> <p>Aufgabe der Gefahrenabwehr, § 1 Abs. 1 SOG LSA</p> <p>Schutz privater Rechte, § 1 Abs. 2 SOG LSA</p> <p>Abgrenzung der Aufgabenzuständigkeit, § 2 Abs. 2 SOG LSA</p> <p>Befugnisse der Verwaltungsbehörden</p> <p>Zuständigkeiten nach dem SOG LSA</p>	feststellen, wer nach dem SOG LSA zuständig ist und in welchen Fällen nach dem SOG LSA vorgegangen werden kann	2
1.3	<p>Generalmächtigung des § 13 SOG LSA</p> <p>die konkrete Gefahr: Probleme der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, subjektive Rechte, Bestand des Staates</p> <p>öffentliche Ordnung</p> <p>sonstige Gefahrbegriffe gemäß § 3 Nr. 3 SOG LSA</p>	anhand von praktischen Fällen mit der Generalermächtigung des § 13 SOG LSA umgehen und erkennen, welche Tatbestandsvoraussetzungen gegeben sein müssen	8
1.4	<p>Störer nach §§ 7, 8, 10 SOG LSA</p> <p>Inanspruchnahme des Verhaltensstörers gemäß § 7 SOG LSA</p> <p>Inanspruchnahme des Zustandsstörers gemäß § 8 SOG LSA</p> <p>Inanspruchnahme des Nichtstörers nach § 10 SOG LSA</p>	feststellen, wer im einzelnen Fall in Anspruch zu nehmen ist und wie man mit mehreren Störern umgeht	8

	Auswahlermessen zwischen verschiedenen Störern Inanspruchnahme des Zweckveranlassers		
1.5	Standardmaßnahmen des SOG LSA Platzverweis nach § 36 SOG LSA Ingewahrsamnahme nach § 37 SOG LSA Sicherstellung nach § 45 SOG LSA	anhand von kurzen Fällen einzelne Standardmaßnahmen erkennen	6
1.6	Begriff und Zulässigkeit des Verwaltungszwangs Abgrenzung Zwangs- und Ahndungsmittel Arten der Zwangsmittel nach § 54 SOG LSA Gestrecktes Zwangsverfahren nach § 53 Abs. 1 SOG LSA Abgekürztes Zwangsverfahren nach § 53 Abs. 2 SOG LSA	angeben, welche Zwangsmittel es gibt und unter welchen Voraussetzungen Zwangsmittel angewendet werden dürfen	9
2.	Grundlagen des Gewerbeberichts		4
2.1	Einordnung	erläutern, dass das Gewerbeberichtsrecht zum besonderen Gefahrenabwehrrecht gehört	
2.2	Rechtsquellen	wichtige Rechtsquellen nennen	
2.3	Das Gewerbe	den Begriff erläutern	
2.4	Betriebsformen	die Betriebsform angeben	
2.5	Gewerbefreiheit	den Grundsatz erläutern die Anzeige- und Meldepflichten angeben aufzeigen, inwieweit die Gewerbefreiheit durch Zulassungs- und Ausübungsvorschriften eingeschränkt ist und Beispiele geben	

		angeben, wie die Gewerbefreiheit durch das Grundgesetz geschützt ist	
2.6	Beendigung	erläutern, in welchen Fällen die Ausübung des Gewerbes unterbunden werden kann	
2.7	Organisation	Behörden nennen, ihre Aufgabenverteilung kurz beschreiben darauf hinweisen, dass die Zuständigkeiten im Gewerbe- und Arbeitsschutzrecht besonders geregelt sind	
3.	Ordnungswidrigkeitenrecht		10
3.1	Wiederholung und Vertiefung der Inhalte aus dem ausbildungsbegleitenden Unterricht anhand praktischer Fälle		

Teil 6
Öffentliches Baurecht

Unterrichtsstunden: 8

Nr.	Generalthemen/ Einzelthemen	Lernziele Der Lehrgangsteilnehmer kann:	Unterrichtsstunden
1.	Überblick	Gesetzgebungszuständigkeit für Bauplanungs- und Bauordnungsrecht nennen	1
2.	Recht der Bauleitplanung	Arten und Inhalt der Pläne nennen Aufstellungsverfahren erläutern, insbesondere Planungshoheit der Gemeinde	2
3.	Vorhaben und Vorhabenzulässigkeit	Zulässigkeit im Bebauungsplanbereich Zulässigkeit im Innenbereich Zulässigkeit im Außenbereich	2
4.	Baugenehmigung	das Genehmigungsverfahren erläutern	2
5.	Maßnahmen der Bauaufsichtsbehörde	Maßnahmen nennen	1

Teil 7
Beamtenrecht (Statusrecht)

Unterrichtsstunden: 45

Klausur: 1 mit Besprechung 4 Stunden

Nr.	Generalthemen/ Einzelthemen	Lernziele Der Lehrgangsteilnehmer kann:	Unter- richts- stunden
1.	Einführung Wiederholung und Vertiefung der Inhalte aus dem ausbildungsbegleitenden Unterricht	die Rechtsverhältnisse der Beamten und Beschäftigten in den wesentlichen Punkten unterscheiden die wichtigsten Rechtsquellen nennen und deren Verhältnis zueinander beschreiben	2
1.1	Begriff und Einteilung des Beamtenrechts		
1.2	Rechtsquellen		
1.3	Begriff „Öffentlicher Dienst“		
1.4	Begriff Beamter/Beschäftigte		
1.5	Abgrenzung der Beschäftigungsgruppe in den Grundstrukturen		
2.	Beamtenverhältnis	den Sinn und die Bedeutung der verschiedenen Beamtenverhältnisse aufzeigen	3
2.1	Rechtsnatur	das Beamtenverhältnis als öffentlich-rechtliches Dienst- und Treueverhältnis zur Verwaltung eines Amtes beschreiben	
2.2	Arten der Beamtenverhältnisse	die Arten unterscheiden die sachlichen und persönlichen Voraussetzungen für die Begründung erläutern	
2.2.1	Unterscheidung nach dem Dienstherrn		
2.2.2	Unterscheidung nach dem Umfang der Bindung Berufsbeamte Ehrenbeamte Wahlbeamte		
2.2.3	Unterscheidung nach der Dauer der Bindung Beamte auf Zeit		

	Beamte auf Probe Beamte auf Widerruf			
2.2.4	Unterscheidung nach der Laufbahngruppenzugehörigkeit und der Art der Befähigung			
3.	Ernennungsrecht		12	
3.1	Begriff und Rechtsnatur der Ernennung	die grundlegende Bedeutung der Ernennung für die Rechtsstellung des Beamten würdigen die verschiedenen Ernennungsfälle nach ihren Voraussetzungen unterscheiden Ernennungsurkunden fertigen die Rechtsfolgen der verschiedenen Ernennungsfehler beurteilen		
3.2	Ernennungsfälle Einstellung (Begründung des Beamtenverhältnisses) Umwandlung Anstellung Beförderung Aufstieg	praktische Fälle aus diesem Bereich lösen		
3.3	Form der Ernennung			
3.4	Sachliche und persönliche Voraussetzungen bei den einzelnen Ernennungsfällen			
3.5	Rechtsfolgen bei fehlerhafter Ernennung			
3.5.1	Nichternennung (Nichtakt)			
3.5.2	Nichtigkeit			
3.5.3	Rücknahme			
4.	Laufbahnrecht	die Struktur des Laufbahnrechts darstellen und einfache Fälle beurteilen		6
4.1	Begriffe	die Begriffe „Amt“, „Laufbahn“, „Fachrichtung“ und „Laufbahngruppe“ definieren		
4.2	Laufbahngruppensystem	die Laufbahnen und die dazu gehörenden Ämter (Grundämter) nennen		
4.3	Begriff der Befähigung nach dem Landesbeam-			

	tengesetz/der Laufbahnverordnung		
4.4	Laufbahnbewerber		
4.5	Anderer Bewerber		
4.6	Laufbahnwechsel		
4.7	Abordnung, Versetzung, Umsetzung		
5.	Rechtsstellung des Beamten	wesentliche Rechte und Pflichten erläutern	6
5.1	Pflichten des Beamten		
5.1.1	Allgemeine Pflichten Treuepflicht Bekennen und Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung		
5.1.2	Mäßigungs- und Zurückhaltungspflicht Pflichten im Amt oder mit Bezug auf das Amt Pflicht zur Unparteilichkeit und Gerechtigkeit Verschwiegenheitspflicht Pflicht, sich voll seinem Beruf zu widmen Pflicht gegenüber Vorgesetzten		
5.2	Rechte des Beamten		
5.2.1	Nichtvermögenswerte Rechte (Übersicht) Rechte amtsbezogener Art Rechte persönlicher Art		
5.2.2	Vermögenswerte Rechte Sonstige wesentliche Rechte (insbesondere Fürsorge- und Treuepflicht des Dienstherrn)		
5.2.3	Rechtsschutz und Weg bei beamtenrechtlichen Streitigkeiten	den Rechtsschutz im Beamtenverhältnis beschreiben	
5.2.4	Vermögensrechtliche Folgen		
5.2.5	Strafrechtliche Folgen		

5.2.6	Disziplinarische Maßnahmen/personelle Maßnahmen und sonstige Folgen	die Aufgabe des Disziplinarrechts kurz erläutern die Disziplinarmaßnahmen erläutern	
6.	Beendigung des Beamtenverhältnisses	Beendigungsfälle in formeller und materieller Hinsicht beurteilen	4
6.1	Arten der Beendigung Tod Entlassung Eintritt oder Versetzung in den Ruhestand Verlust der Beamtenrechte		
6.2	Entlassung kraft Gesetzes durch Verwaltungsakt, obligatorisch durch Verwaltungsakt, fakultativ		
6.3	Eintritt in den Ruhestand		
6.3.1	Einstweiliger Ruhestand		
6.3.2	Dauernder Ruhestand kraft Gesetzes durch Verwaltungsakt, obligatorisch durch Verwaltungsakt, fakultativ		
7.	Besoldungsrecht	Dienstbezüge berechnen Versorgungsrecht Beihilferecht	4
8.	Aktuelle Fragestellungen		1

Teil 8
Arbeits- und Tarifrecht

Unterrichtsstunden: 40

Klausur: 1 mit Besprechung 4 Stunden

Nr.	Generalthemen/ Einzelthemen	Lernziele Der Lehrgangsteilnehmer kann:	Unterrichtsstunden
1.	Einführung	die Rechtsverhältnisse der Beschäftigten und Beamten in den wesentlichen Punkten unterscheiden	2

		die wichtigsten Rechtsquellen nennen und deren Verhältnis zueinander beschreiben	
1.1	Begriff und Einteilung des Arbeitsrechts		
1.2	Rechtsquellen für das Arbeits- und Tarifrecht und deren Verhältnis zueinander (Rang- und Günstigkeitsprinzip)		
1.3	Begriff „Öffentlicher Dienst“		
1.4	Begriff Beschäftigter/Beamter		
1.5	Abgrenzung der Beschäftigungsgruppen in den Grundstrukturen		
2.	Individualrecht	<p>die Grundzüge des Individualrechts darstellen und praktische Fälle aus diesem Bereich lösen</p> <p>Vorgänge im Zusammenhang mit der Einstellung und dem Ausscheiden von Beschäftigten bearbeiten</p> <p>Vorgänge im Zusammenhang mit personellen Veränderungen bearbeiten</p> <p>Entgelte und sonstige Ansprüche festlegen</p> <p>wichtige Pflichten der Vertragspartner erläutern</p> <p>die verschiedenen Beendigungsmöglichkeiten nennen</p> <p>die Rechtmäßigkeit einer Kündigung überprüfen</p> <p>Arbeitnehmerschutzgesetze anwenden</p>	14
2.1	Begründung des Arbeitsverhältnisses		
2.1.1	Abgrenzung Arbeitsvertrag/Dienstvertrag/Werkvertrag		
2.1.2	Das Einstellungsverfahren		
2.1.3	Inhalt und Bedeutung der Probezeit	Inhalt und Bedeutung erläutern	
2.1.4	Einfache Entgeltfestsetzungen		
2.1.5	Sonstige Ansprüche		
2.1.5.1	Urlaub, Arbeitsbefreiungen, Beschäftigungszeiten, Ausschlussfristen		
2.2	Inhalt des Arbeitsverhältnisses Pflichten des Beschäftigten: Arbeitspflicht, Treuepflicht		2

	Pflichten des Arbeitgebers: Entgeltspflicht, Fürsorgepflicht		
2.3	Beendigung eines Arbeitsverhältnisses		10
2.3.1	Nichtigkeit und Anfechtbarkeit des Arbeitsvertrags		
2.3.2	Ordentliche Kündigung und außerordentliche Kündigung		
2.3.2.1	Allgemeiner Kündigungsschutz Geltungsbereich Kündigungsschutzgesetz Voraussetzungen für eine sozial gerechtfertigte Kündigung		
2.3.2.2	Besonderer Kündigungsschutz		
2.3.3	Veränderung von Arbeitsverträgen, Änderungsvereinbarung		
2.3.4	Abmahnung		
2.3.5	Änderungskündigung		
2.3.6	Sonstige Beendigungsgründe		
3.	Kollektives Arbeitsrecht; Tarifrecht	die Bedeutung des Tarifrechts darlegen	4
3.1	Koalitionsfreiheit	den Begriff definieren darlegen, dass das Tarifvertragsrecht Koalitionsfreiheit voraussetzt	
3.2	Tarifvertrag		
3.2.1	Begriff	den Begriff definieren angeben, wer tariffähig ist	
3.2.2	Inhalt	den normativen und den obligatorischen Teil unterscheiden die möglichen Regelungen nennen	
3.2.3	Geltungsbereich	an einem praktischen Fall den räumlichen, fachlichen und persönlichen Geltungsbereich beschreiben	
3.2.4	Wirkung	die Wirkung erläutern	
4.	Personalvertretungsrecht		4
4.1	Personalvertretungen	die Zusammensetzung angeben die Aufgaben nennen	
4.2	Beteiligungsrechte	die Verfahren kurz beschreiben angeben, welche Folgen ein Verstoß gegen die Vorschriften über die Beteiligung hat	
5.	Arbeitsgerichtsbarkeit; das Verfahren einer Kündigungsschutzklage	Grundzüge des Kündigungsschutzverfahrens darstellen	

Teil 9
Sozialleistungsrecht

Unterrichtsstunden: 42

Klausur: 1 mit Besprechung 4 Stunden

Nr.	Generalthemen/ Einzelthemen	Lernziele Der Lehrgangsteilnehmer kann:	Unter- richts- stunden
1.	Das Sozialleistungsrecht		4
1.1	Überblick über Leistungen des Sozialgesetzbuches, Hinweis auf Asylbewerberleistungsgesetz, Unterhaltsvorschuss, SGB VIII		
2.	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II		22
2.1	Aufgabe und Ziel, allgemeine Grundsätze	Aufgabe und Ziel sowie die allgemeinen Grundsätze erläutern	
2.2	Leistungsberechtigte: Abgrenzung zum Dritten und Vierten Kapitel SGB XII	die Leistungsberechtigung feststellen	
2.3	Einsatz von Einkommen und Vermögen	das zu berücksichtigende Einkommen und Vermögen ermitteln	
2.4	Bestandteile von Arbeitslosengeld (ALG II) und Sozialgeld	die Bestandteile von ALG II und Sozialgeld ermitteln	
2.5	Einkommens- und Vermögenseinsatz im Rahmen der Bedarfs- und Haushaltsgemeinschaft	die Regelungen über den Einkommens- und Vermögenseinsatz in der Bedarfs- und Haushaltsgemeinschaft anwenden	
2.6	Mitwirkungspflichten (SGB I)	die wichtigsten allgemeinen Mitwirkungspflichten und die Folgen fehlender Mitwirkung nennen	
2.7	Anreize und Sanktionen	die Vorschriften über Anreize und Sanktionen anwenden	
3.	Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe)		10

3.1	Allgemeine Grundsätze, Hilfen nach dem Dritten und Vierten Kapitel	die Besonderheiten der Leistungen zum Lebensunterhalt im Vergleich zum SGB II nennen	
3.2	Leistungen nach dem Fünften bis Neunten Kapitel	die wichtigsten Leistungen nennen	
3.3	Einsatz der Einkommensgrenze; Einsatz des Einkommens	das einzusetzende Einkommen ermitteln und die Leistungen festsetzen	
3.4	Festsetzung einer Leistung vornehmlich am Beispiel der Hilfe zur Pflege		
4.	Träger, örtliche und sachliche Zuständigkeit	die örtliche und überörtliche Zuständigkeit der Sozialhilfeträger feststellen	2

Teil 10
Bürgerliches Recht

Unterrichtsstunden: 60

Klausuren: 2 mit Besprechung 8 Stunden

Nr.	Generalthemen/Einzelthemen	Lernziele Der Lehrgangsteilnehmer kann:	Unterrichtsstunden
1.	Einführung Wiederholung und Vertiefung von Teil 8 Nrn. 1 bis 4 aus dem ausbildungsbegleitenden Unterricht		8
2.	Rechtsgeschäfte		
2.1	Arten	einseitige und mehrseitige Rechtsgeschäfte unterscheiden und Beispiele geben die Unterscheidung zwischen Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäft anhand des Kaufvertrages und der Eigentumsübertragung nach § 929 Satz 1 BGB aufzeigen das Abstraktionsprinzip erklären	2
2.2	Vertragsfreiheit	den Grundsatz der Vertragsfreiheit erläutern	5

		<p>beurteilen, wann Rechtsgeschäfte nichtig sind (Schwerpunkte: §§ 104 bis 113, 125, 134, 138 BGB)</p> <p>Regelungen über die Anfechtbarkeit von Willenserklärungen anwenden</p>	
3.	Leistungsstörungen		8
3.1	Unmöglichkeit	die Regelungen zur Unmöglichkeit der Leistung anhand einfacher Fälle darlegen	
3.2	Schuldnerverzug	die Regelungen des Schuldnerverzugs erörtern	
3.3	Erfüllungsgehilfe	die Regelungen über den Erfüllungsgehilfen in das Recht der Leistungsstunden einordnen	
3.4	Schadensersatz	die wesentlichen Regelungen über Art und Umfang des Schadensersatzes anhand der §§ 249 bis 254 BGB darstellen	
3.5	Gewährleistungsrecht	die Gewährleistungsrechte beim Kaufvertrag nennen anhand praktischer Fälle beurteilen, ob dem Käufer ein Gewährleistungsrecht zusteht	6
4.	Verjährung	<p>die Wirkung beschreiben</p> <p>wichtige Verjährungsfristen angeben</p> <p>Hemmung und Neubeginn erläutern</p> <p>Berechnung von Verjährungsfristen anhand praktischer Beispiele</p>	2
5.	Unerlaubte Handlung	<p>die Voraussetzungen der Anspruchsgrundlagen aus § 823 Abs. 1 und § 831 Abs. 1 BGB erläutern</p> <p>den Begriff der Deliktsfähigkeit erläutern und von der Geschäftsfähigkeit abgrenzen</p>	4
6.	Ungerechtfertigte Bereicherung	die wichtigsten Regelungen erläutern	1
7.	Sachenrecht		8
7.1	Eigentum und Besitz	<p>die Begriffe unterscheiden</p> <p>Besitzarten nennen und den Besitzerwerb benennen</p>	

7.2	Eigentumserwerb	einen Überblick über die Erwerbsgründe geben: bei beweglichen Sachen §§ 929, 932, 935, 946 bis 952 958, 973 BGB bei unbeweglichen Sachen §§ 873, 925, 892 BGB Schwerpunkt: §§ 929, 932, 935 BGB	
7.3	Belastungen an Grundstücken	beschreiben, wie Grundstücke durch Vorkaufsrecht, Erbbaurecht, Hypothek und Grundschuld belastet werden können	
7.4	Ansprüche auf Eigentum und Besitz	die Voraussetzungen der Ansprüche aus § 985 (Schwerpunkt) und § 861 BGB erläutern	
8.	Familienrecht	die Begriffe „Verwandtschaft“ und „Schwägerschaft“ definieren die allgemeinen Regelungen über die Unterhaltspflicht erläutern	2
9.	Erbrecht	die gesetzliche und gewillkürte Erbfolge unterscheiden die gesetzliche Erbfolge anhand von praktischen Beispielen erläutern	2
10.	Verfahrensrecht	die Gerichtszweige nennen das Verfahren vor den Zivilgerichten im ersten Rechtszug beschreiben und die Rechtsmittel nennen das Vollstreckungs- und Insolvenzrecht in den Grundzügen erläutern und auf die Bedeutung für die Verwaltung hinweisen	4

Teil 11
Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen

Unterrichtsstunden: 56

Klausuren: 2 mit Besprechung 8 Stunden

Nr.	Generalthemen/ Einzelthemen	Lernziele Der Lehrgangsteilnehmer kann:	Unter- richts- stunden
1.	Wiederholung und Vertiefung von Teil 9 Nrn. 1 bis 4 aus dem ausbildungsbegleitenden Unterricht		20
1.1	Haushaltsplan	Verbindlichkeit des Haushaltsplans	
1.2	Haushaltssatzung, Verfahren	Anwendung des Verfahrens zum Erlass der Haushaltssatzung	
1.3	Ergebnisplan/Finanzplan mit den entsprechenden Zuordnungsvorschriften Anwendung Produkt- und Kontenrahmenplan	Bildung von Buchungsstellen	
2.	Spezielle Haushaltsgrundsätze (Deckungsgrundsätze)		8
2.1	Gesamtdeckung	den Grundsatz erläutern	
2.2	Zweckbindung Deckungsfähigkeit	die Deckungsfähigkeit erläutern und an Beispielen anwenden können	
2.3	Übertragbarkeit	die Übertragbarkeit erläutern und anwenden können	
3.	Nachtragshaushaltssatzung	Notwendigkeit und Erlass der Nachtragshaushaltssatzung prüfen	4
4.	Vorläufige Haushaltsführung	beschreiben, wie verfahren wird, wenn die Haushaltssatzung zu Beginn des Haushaltsjahres noch nicht erlassen ist	2
5.	Ausführung des Haushaltsplanes		12
5.1	Bewirtschaftung und Überwachung der Erträge und Forderungen sowie der Aufwendungen und Auszahlungen	angeben, unter welchen Voraussetzungen die Auszahlungen geleistet werden dürfen und wie sie überwacht werden	
5.2	Anordnungsverfahren	angeben, dass Erträge, Aufwendungen und Zahlungen angeordnet werden müssen, und auf Ausnahmen hinweisen Kassenanordnungen fertigen und den Inhalt erläutern	

		die Kontrollen führen	
5.3	Haushaltsüberschreitungen Außer- und überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen	erläutern, unter welchen Voraussetzungen über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen geleistet werden dürfen das Verfahren beschreiben	
5.4	Veränderung von Ansprüchen Stundung Niederschlagung Erlass	die Begriffe definieren	
6.	Kassenrecht		2
6.1	Aufbau der Kasse	den Aufbau darstellen	
6.2	Aufgaben der Kasse	die Aufgaben angeben	

Teil 12
Finanzwesen

Unterrichtsstunden: 50

Klausur: 1 mit Besprechung 4 Stunden

Nr.	Generalthemen/ Einzelthemen	Lernziele Der Lehrgangsteilnehmer kann:	Unter- richts- stunden
1.	Einführung		6
1.1	Finanzwirtschaft und -bedarf	die Begriffe erläutern beschreiben, wozu die Finanzwirtschaft dient Unterscheidung von der Privatwirtschaft	
1.2	Gesetzgebungs-, Ertrags- und Verwaltungshoheit	die Begriffe erläutern Besteuerungsgrundsätze erläutern	
1.3	Rechtsquellen	die wichtigsten Rechtsquellen für Bund, Land und Kommunen bezüglich des Finanzwesens nennen und ihren Inhalt kurz angeben Finanzausgleich Bund-Länder-Kommunen	
2.	Finanzmittel		6
2.1	Finanzmittelbeschaffung	die Arten unterscheiden die Rangfolge angeben	

2.2	Abgaben	die Arten erläutern und Beispiele geben Satzungsrecht	
3.	Steuern		12
3.1	Steuerarten	die Arten unterscheiden Steuern den Steuerarten zuordnen	
3.2	Steuerliche Grundbegriffe	die Begriffe an Beispielen erläutern	
3.3	Verfahren	Allgemeine Verfahrensvorschriften kennen Besteuerungsverfahren beschreiben Erhebungsverfahren beschreiben	
3.4	Vollstreckung	die Verfahren einschließlich Stundung, Zahlungsaufschub, Erlass, Verjährung beschreiben das Vollstreckungsverfahren beschreiben	
4.	Realsteuern		20
4.1	Verwaltungskompetenz	die Zuständigkeiten des Finanzamtes und der Kommunen angeben	
4.2	Grundsteuern	Zuständigkeiten angeben Bewertungen durchführen Messbetrag und Steuer berechnen Veranlagungsverfahren beschreiben	
4.3	Gewerbsteuer	Zuständigkeiten angeben Messbetrag und Steuer berechnen Veranlagungsverfahren beschreiben Zerlegung beschreiben und Zerlegungsanteile feststellen	
4.4	Örtliche Aufwands- und Verbrauchssteuern	angeben, dass die Kommunen örtliche Aufwands- und Verbrauchssteuern erheben können an Beispielen die maßgeblichen Besteuerungsmerkmale erläutern	

5.	Gebühren und Beiträge	die Grundsätze erläutern, nach denen Gebühren und Beiträge bemessen und erhoben werden	4
6.	Kommunaler Finanzausgleich	den Begriff definieren das Verfahren erläutern den Begriff „Kreisumlage“ definieren Finanzzuweisungen kennen	2

Teil 13
Bürger und Verwaltung

Unterrichtsstunden: 16

Nr.	Generalthemen/ Einzelthemen	Lernziele Der Lehrgangsteilnehmer kann:	Unter- richts- stunden
1.	Grundlagen menschlichen Verhaltens		2
1.1		wichtige Grundbegriffe nennen und grundlegende Zusammenhänge erläutern (Anlage-/Umwelt-Problem, Lernen, Motivation, Emotion, Intelligenz, Persönlichkeit)	
2.	Der Mensch am Arbeitsplatz		5
2.1	Motivation	erläutern, wodurch Motivation entsteht und dass sie von der Umwelt abhängig ist angeben, wie sich die Motivation auf die Arbeitsleistung auswirkt	
2.2	Zufriedenheit am Arbeitsplatz	Faktoren angeben, die zur Zufriedenheit/Unzufriedenheit führen	
2.3	Analyse beruflicher Problemfälle		
2.3.1	Zwischenmenschliche Beziehungen	die Problematik allgemein darlegen	
2.3.2	Konflikte am Arbeitsplatz	Ursachen für Konflikte beschreiben Konfliktarten unterscheiden Lösungsmöglichkeiten aufzeigen	

3.	Bürger und Verwaltung		5
3.1	Bürger- und Verwaltungsinteressen	die Interessenlage an Beispielen beurteilen	
3.2	soziale Wahrnehmungen	Faktoren angeben, die die Wahrnehmungen beeinflussen beschreiben, wie Vorurteile - gegenüber Behörden, gegenüber Besuchern - entstehen Integration Schutzsuchender als Aufgabe der Verwaltung erkennen	
3.3	Der Bürger als Teil seines sozialen Umfeldes	darlegen, dass das Verhalten des Bürgers von seiner sozialen Rolle und von seiner Bezugsgruppe abhängig ist	
4.	Kommunikation		4
4.1	Bedeutung		
4.2	Gesprächs- und Verhandlungsführung	an Beispielen erläutern, wie Gespräche und Verhandlungen richtig geführt werden	
4.3	Aktives Zuhören		
4.4	Kommunikationsstörungen erkennen		
4.5	Gesprächstechniken/Fragetechniken unterscheiden		

Teil 14
Praktische Rechtsanwendung

Unterrichtsstunden: 16

Nr.	Generalthemen/ Einzelthemen	Lernziele Der Lehrgangsteilnehmer kann:	Unter- richts- stunden
	Einführung Wiederholung und Vertiefung von Teil 10 Nrn. 1 bis 3 aus dem ausbildungsbegleitenden Unterricht		16

Teil 15
Grundlagen der Volkswirtschaftslehre

Unterrichtsstunden: 36

Klausur: 1 mit Besprechung 4 Stunden

Nr.	Generalthemen/ Einzelthemen	Lernziele Der Lehrgangsteilnehmer kann:	Unter- richts- stunden
1.	Einführung und Grundbegriffe der Volkswirtschaftslehre	Einteilung der Volkswirtschaftslehre in Wirtschaftsgeschichte, Wirtschaftstheorie, Wirtschaftspolitik oder Mikro- und Makroökonomie Abgrenzung zur Betriebswirtschaftslehre und zur Finanzwissenschaft	1
		Begriff, Wesen und Arten der Bedürfnisse Bedarf und Nachfrage Begriff, Wesen und Arten der Güter Wirtschaften und ökonomisches Prinzip Wirtschaftssubjekte, deren Ziele und Entscheidungsspielräume Arten und Entwicklung der Arbeitsteilung sowie Vor- und Nachteile Globalisierung	5
2.	Märkte, Marktformen, Marktwirtschaft		
2.1	Markt als Treffpunkt von Angebot und Nachfrage Arten der Märkte Preisbildung auf Märkten, Marktpreismechanismus	Markt als ökonomisches Geschehen, Funktion des Preises Güter- und Faktormärkte Angebot und Nachfrage als Preisbildungsfaktoren von Angebot, Nachfrage und Preis und Einflussgrößen Ermittlung Gleichgewichtspreis und Gleichgewichtsmenge (rechnerisch und grafisch) Exkurs: Geldwertstörungen (Inflation und Deflation) Spekulation	6
2.2	Marktformen	Marktformenschema nach Stackelberg Polypol, Angebotsmonopol Angebotsoligopol	4

		Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen („Kartellgesetz“), Kartellkontrolle	
2.3	Wirtschaftsordnungen	Modell der freien Marktwirtschaft Soziale Marktwirtschaft Modell der Zentralverwaltungswirtschaft (Planwirtschaft) Mischformen	4
3.	Der volkswirtschaftliche Produktionsprozess und der Wirtschaftskreislauf		
3.1	Volkswirtschaftliche Produktionsfaktoren	Die Produktionsfaktoren Boden, Arbeit, Kapital Abgrenzung zu den betriebswirtschaftlichen Produktionsfaktoren	2
3.2	Produktionsprozess	Kombination von Produktionsfaktoren Limitationale (begrenzte) und substitutionale (austauschbare) Produktionsfaktoren Minimalkostenkombination Gesetz der Massenproduktion	2
3.3	Wirtschaftskreislauf	Einfacher Wirtschaftskreislauf einer stagnierenden Volkswirtschaft Erweiterter Wirtschaftskreislauf (Sparen und Investieren)	4
4.	Grundbegriffe der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Bruttosozialprodukt (BSP) Volkseinkommen Wertschöpfung Nominelles und reales Inlandsprodukt Entstehungsrechnung Verwendungsrechnung Verteilungsrechnung	4

Teil 16
Buchführung (Kommunale Doppik)

Unterrichtsstunden: 50
Klausur: 1 mit Besprechung 4 Stunden

Nr.	Generalthemen/ Einzelthemen	Lernziele Der Lehrgangsteilnehmer kann:	Unter- richts- stunden
1.	Einführung in die Buchführung (Kommunale Doppik im NKHR)	<p>Aufgaben und Bereiche des Rechnungswesens, Bedeutung der Buchführung</p> <p>Rechnungssystem mit drei Komponenten (Ergebnis-, Finanzrechnung, Bilanz) und die dazugehörigen Begriffe des Rechnungswesens (Einzahlungen/Auszahlungen; Erträge/Aufwendungen)</p> <p>Vergleich zur Buchführung im Zwei-Komponentensystem (Bilanz und GuV)</p> <p>Ziele und Aufgaben der Finanzbuchhaltung</p> <p>Erfassung von Vermögen und Schulden</p> <p>Inventur und Inventar</p> <p>Bilanz nach § 46 der Kommunalhaushaltsverordnung (KomHVO) und Interpretation</p> <p>Vergleich von Inventar und Bilanz</p> <p>Gesetzliche Grundlagen (KVG LSA, KomHVO)</p>	10
2.	Veränderungen von Vermögen und Schulden durch Geschäftsvorfälle	<p>Grundfälle der Bilanzveränderung</p> <p>Aktivtausch</p> <p>Passivtausch</p> <p>Aktiv-Passiv-Mehrung</p> <p>Aktiv-Passiv-Minderung</p>	8
3.	Kontenarten der doppelten Buchführung und Buchungsgrundsätze	<p>Auflösen der Bilanz in aktive und passive Bestandskonten</p> <p>Hilfskonten für die Eröffnungs- und Abschlussbuchungen (Eröffnungsbilanzkonto - EBK -, Schlussbilanzkonto - SBK -)</p> <p>Einfache und zusammengesetzte Buchungssätze</p> <p>Veränderungen des Eigenkapitals durch Geschäftsvorfälle: Buchen auf Erfolgskonten</p>	18

		Buchungssätze für die Abschlussbuchungen über das Ergebnisrechnungskonto Buchungen Jahresüberschuss, Jahresfehlbetrag Buchungen im Grund-(Zeitbuch) und Haupt-(Sachbuch) Kommunale erfolgsneutrale und erfolgswirksame Geschäftsvorfälle	
4.	Organisation der Buchführung	Überblick zur Struktur des Kontenrahmens für Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt Aufbau- und Ablauforganisation Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	10

Teil 17
Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)

Unterrichtsstunden: 50

Klausur: 1 mit Besprechung 4 Stunden

Nr.	Generalthemen/Einzelthemen	Lernziele Der Lehrgangsteilnehmer kann:	Unterrichtsstunden
1.	Einführung und Grundlagen der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)	Unterschiede zwischen Buchhaltung und KLR Gesetzliche Grundlagen (KomHVO, Kommunalabgabengesetz) Begriffsbestimmung von Kosten und Leistungen, Wirtschaftlichkeit Aufgaben der KLR Unterschiede zwischen Aufwendungen und Kosten oder Erträgen und Leistungen Neutrale Aufwendungen, Neutrale Erträge Begriff der Grund-, Anders-, Zusatzkosten	6
2.	Abgrenzungsrechnung zwischen Buchhaltung und KLR	Ergebnistabelle als Instrument der Abgrenzungsrechnung	6

		Auswertung und Interpretation	
3.	Kostenrechnungssysteme	Voll- und Teilkostenrechnung Ist-, Normal-, Plankostenrechnung	2
4.	Aufbau der KLR		
4.1	Kostenartenrechnung	Grundsätze der Kostenerfassung Möglichkeiten der Unterscheidung von Kostenarten Erläuterung und Berechnung von Sachkosten und kalkulatorischen Kosten Ermittlung und Vergleich der kalkulatorischen Abschreibungen in der KLR mit den bilanziellen Abschreibungen der Buchführung Ermittlung der kalkulatorischen Zinsen	6
4.2	Kostenstellenrechnung	Einteilung der Kostenstellen in Vor- und End-Kostenstellen Unterscheidung in Allgemeine und Hilfskostenstellen sowie Haupt- und Nebenkostenstellen Aufbau Betriebsabrechnungsbogen (BAB) Primäre Kostenverrechnung Sekundäre Kostenverrechnung (Anbau- und Stufenleiterverfahren) Ermittlung von Zuschlagssätzen	9
4.3	Kostenträgerrechnung	Aufgaben und Arten der Kostenträgerrechnung Verfahren der Kostenträgerrechnung Divisionskalkulation Äquivalenzziffernrechnung Zuschlagskalkulation	9
5.	Mängel der Vollkostenrechnung	Überblick zu den Verfahren der Teilkostenrechnung Deckungsbeitragsrechnung Anwendung der Deckungsbeitragsrechnung beim Break-even-Point (Gewinnschwellenmenge) Preisuntergrenzen	8

© juris GmbH